

sich auch auf die Wissenschaft beziehen ließe, konnte keine Rede sein.

Wenn sich deshalb heute doch einmal junge Intellektuelle der Nach-Habermaschen Kritischen Theorie parteipolitisch versammeln, dann weit eher bei den Grünen und in der ihnen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung. Und selbst die dramatisch angeschlagene FDP kann angesichts des gescheiterten Westerwelle-Liberalismus gewisses Interesse an einer Renaissance des »echten« Liberalismus verbuchen. Die SPD hingegen muss sich immer noch mit Erhard Eppler als schier unverwundlichem »Vor- und Nach- und Querdenker« schmücken (so der aktuelle Katalog des *J.H.W.Dietz-Verlages* zu dessen im Herbst erscheinender Biografie).

Die noch immer herausragende Stellung des auch bald 85-jährigen Erhard Eppler ist ein Indiz für das abgebrochene Gespräch zwischen den Generationen.

Und anders als zu Beginn der Republik fallen der SPD die angehenden Akademiker längst nicht mehr wie von selbst in den Schoß. Es wird deshalb die Aufgabe der neuen Parteiführung sein, die Partei auch für die junge akademische wie außeruniversitäre Intelligenz wieder interessant zu machen. Das jedoch kann nur gelingen, wenn die Debatte in die Gesellschaft geöffnet wird.

Dabei gibt es andererseits keinen Grund zum Verzagen. Denn eines steht fest: Die Regierungsparteien, das haben die letzten Wochen der permanenten Rücktritte bewiesen, sind mindestens ebenso am Ende ihres Lateins. Von Ausstrahlung des Politischen kann bei Konservativen und Liberalen keine Rede sein. Das allein ist zwar noch kein Grund zum Jubel, aber doch immerhin ein Ansporn, den Kampf um die nachwachsende Intelligenz im Lande offensiv aufzunehmen.

Karsten Rudolph

Die SPD – ein Denkort?

Die inhaltliche Erneuerung ist zur Voraussetzung für den Wiederaufstieg der SPD geworden. Auch die stärkste Partei im progressiven Lager Mitte-Links muss konzeptionelle Meinungsführerschaft aufs Neue erringen.

Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Letzte Veröffentlichung: *Wandel hat eine Heimat. Nordrhein-Westfalen in Geschichte und Gegenwart*, Hg. mit Stefan Goch.

karsten.rudolph@rub.de



Die historische Wahlniederlage, die die SPD im September 2009 erlitt, könnte zur Wiedergeburt einer Sozialdemokratie beigetragen haben, die im Begriff ist, sich selbst neu zu erfinden. Das ist weit mehr, als sich zu erneuern oder eine andere Rich-

tung einzuschlagen. Die Dimension der Niederlage, die am Ende eines politischen, moralischen und intellektuellen Niedergangs stand, lässt nämlich weder eine Erneuerung im Sinne geschäftiger Renovierungs- oder Restaurationsarbeiten zu, noch kann das Heil in einer einfachen Richtungsveränderung gesucht werden, wenn die Partei sich nicht mehr sicher ist, wo sie selbst steht. Die Diagnose des Parteivorstandes lautet zutreffend: »Der Status der SPD als linke Volkspartei ist gefährdet.«

In dieser existenziellen Krise – drei Jahre vor dem 150-jährigen Bestehen der Partei – ist guter Rat teuer. Die Parteiführung

sucht ihn bei den Mitgliedern und solchen, die es werden sollen. Ihre Ideen, Anregungen und Kritik sollen in programmatischen Zukunftswerkstätten bearbeitet werden, um die soziale Demokratie in Deutschland neu zu erfinden. Politik neu zu denken heißt zugleich Politik wieder neu zu lernen.

Niedergang der Versammlungsdemokratie

Die sozialdemokratische Denkwerkstatt ist in den vergangenen Jahren verwüstet worden. Innerparteilich laut zu denken, galt entweder als gefährlich oder unprofessionell, meistens als beides. Denn das mediale Niederreißen der Mauern zwischen Innen und Außen zerstörte einen bewährten sozialdemokratischen Imperativ: intern alles, auch kontrovers, zu diskutieren, um dann eine gemeinsam getroffene Entscheidung nach außen hin geschlossen zu vertreten. Lag der Stolz der Partei noch in den 80er Jahren darin begründet, stellvertretend für die Gesellschaft zu diskutieren

und sich für jedermann sichtbar zu schwierigen Entscheidungen durchzuringen, so bestand der Stolz seit den 90er Jahren darin, die Partei vor vollendete Tatsachen zu stellen und Entscheidungen für die Gesellschaft zu treffen. Doch der *fait accompli* besteht nur selten in einer plötzlichen Eingebung, auch er braucht in der Regel die Vorbereitung. Deswegen wurden nicht nur Entscheidungen aus den Parteigremien outgesourct, sondern auch die Entscheidungsvorbereitung und Entscheidungsfindung. Sie wurde sukzessive in Regierungsapparate, Beratergruppen, Hintergrundgespräche und Expertenkommissionen verlagert. Hier, hinter verschlossenen Türen, durfte laut gedacht werden, vor ihnen ging es um die Durchsetzung des Arkanwissens per Sprachregelung. Institutionell betrachtet, verlor die Partei ihren intermediären Charakter zwischen Staat und Gesellschaft. Die Parteiöffentlichkeit wurde mit der öffentlichen Meinung verwechselt. Auf einmal galten Entscheidungen schon als gesellschaftlich durchgesetzt, wenn die Fraktion sie billigte und die Par-

tei sie (er)trug. Der dadurch beschleunigte Niedergang der Versammlungsdemokratie entpolitisierte die Partei und vertrieb die Parteigänger, die sich aus einer Mitgliedschaft in der SPD mehr als ein Mandat versprochen. Für sie geht es um Mitsprache, Anerkennung und Anregung.

Parteien sind dazu da, Macht zu erwerben und Regeln zu entwickeln, die für alle verbindlich sind. Einige mag das, was Max Weber so klar wie kaum jemand anderes ausgesprochen hat, abstoßen. Doch der wesentliche Grund für Bürger, sich Parteien anzuschließen, liegt eben darin begründet: Sie möchten politischen Einfluss ausüben und die Regeln mitbestimmen. Mitwirkung und Mitbestimmung lassen sich nur unter den Bedingungen der innerparteilichen Demokratie verwirklichen. Ohne sie stirbt das freiwillige Engagement. Oder anders gesagt: Wo alles von vornherein entschieden ist, ziehen die Delegierten nicht in die Abstimmung, sondern an die Kaffeekasse. An der Kaffeekasse hingegen übt sich die Kunst des Zerredens als kleiner kommunikativer Rachezug gegen diejenigen, die am Redepult des Delegiertensaals gegeben, für alle zu reden.

Wer sich in einer oder für eine Partei engagiert, sucht Anerkennung als Staatsbürger, als jemand, der etwas vortragen möchte, der für etwas Unterstützung sucht oder etwas unterstützen möchte, von dem er überzeugt ist. Sein Wort zu machen heißt, laut zu denken, gehört und gewürdigt zu werden. Wenn darauf hin die Rede von einer »spannenden Diskussion« ist, dann wurden Argumente ausgetauscht und andere Sichtweisen eröffnet, die zum Weiterdenken, Weitergeben, Weiterstreiten und Weiterhandeln anregen. Da, wo der Stumpfsinn warm gehalten wird, gedeiht keine Anregung und die innerparteiliche Demokratie läuft leer, auch wenn der formale Versammlungsablauf allen Regeln demokratischer Kunst genügt.

Demokratische Parteien können eine Zeitlang so geführt werden. Doch der als-

bald einsetzende Mitgliederschwund lässt eine quantitative Entwicklung schnell in einen qualitativen Rückschlag münden. Die Partei verliert jegliche thematische Meinungsführerschaft und stürzt in ein geistiges Vakuum. Insoweit kündigte sich das Wahlergebnis vom September 2009 schon vorher an. Einer repräsentativen Umfrage von Allenbachs zufolge, die Dezember 2008 veröffentlicht wurde, konnten nur neun Prozent der Befragten die SPD als eine Partei erkennen, die kraftvoll handelt und mit ihren Ideen und Anregungen die öffentlichen Debatten am stärksten prägt. Selbst von den SPD-Anhängern hatten nur noch 23 % den Eindruck, ihre Partei beeinflusse den Diskurs der Republik stärker als andere Parteien.

Das einzige Pfund, mit dem sich in einer parlamentarischen Demokratie, die unter einer starken medialen Bevormundung steht, wirklich wuchern lässt, sind überzeugte und engagierte Mitglieder. Sie können am ehesten Wechselwähler beeindrucken und überzeugen. Sie sorgen für Stabilität durch Wahlniederlagen hindurch. Und nur sie werben andere und machen aus Interessierten neue Mitglieder.

Politisches Handeln muss Leidenschaften mobilisieren

Das Konzept der Parteiführung, die Mitglieder in Zukunftswerkstätten wieder zu Wort kommen zu lassen, beherzigt eine Erfahrung, die nach Colin Crouch eine historische Leistung linker Parteien darstellt: den »normalen Menschen« auf der politischen Bühne Gehör zu verschaffen. Das ist das eine. Das andere ist, in Zukunftswerkstätten Diskussionen zu bündeln, Alternativen zum Bestehenden zu entwickeln und nicht Anpassungsleistungen zu vollbringen. Politik besitzt Chantal Mouffe zufolge einen antagonistischen Charakter. Politisches Handeln muss Leidenschaften mobilisieren, sonst wird es

technokratisch und verwechselbar. Parteien sollen parteilich agieren und nicht überparteilich, sonst verfehlen sie ihren Zweck. Die SPD muss wieder lernen, dass linke Politik ohne Idealismus nicht auskommen kann.

Schließlich sollte sich die SPD einige unbequeme, aber grundlegende Fragen beantworten: Wenn im Kalten Krieg der unüberwindliche Graben links von der SPD zwischen demokratischen und kommunistischen Parteien verlief, besteht nicht heute die eigentliche Alternative zwischen Mitte-Rechts oder Mitte-Links? Wenn dies so ist, will die SPD dann nicht die Herausforderung annehmen, die Meinungsführerschaft im progressiven Lager anzustreben? Wenn Unsicherheit unsere Gegenwart prägt, soll die SPD darauf mit einer Politik der Angst oder einer Politik der Hoffnung reagieren? Und was wären die Grundpfeiler für eine neue Politik der Hoffnung? Wenn die Frage mehr Staat und weniger Markt im Grunde schon beantwortet ist, welche Marktord-

nung will die SPD etablieren und für welchen Staat tritt sie ein? Wenn in den letzten 20 Jahren die soziale Ungleichheit gewachsen und die soziale Mobilität gesunken ist, wie lässt sich dann heute der meritokratische Idealismus des Aufstiegs durch eigene Leistung mit kollektiven Regelungen ergänzen, die mehr soziale Gleichheit, mehr soziale Sicherheit und eine an Solidarität gebundene größere soziale Mobilität ermöglichen? Wenn viele Menschen davon träumen, sich von jeglicher Bevormundung zu befreien und ein eigenständiges und unabhängiges Leben zu führen, wie gewinnt die SPD dann Mehrheiten für eine Politik, die mehr Gleichheit und einen aktiven Staat anstrebt? Wenn die Ellbogengesellschaft durch eine »gute Gesellschaft« abgelöst werden soll, auf welche Institutionen, Prinzipien und Werte soll sie sich stützen? Vor allem wird die SPD um eine Entscheidung nicht umhinkommen: um die Entscheidung, welche Fragen sie für wichtig hält und welche nicht.

Thomas Meyer

Zwischenruf: Denken und Medien

Es gibt sie durchaus: Printmedien, die zur Ermutigung und Verbreitung des für die Selbsterkenntnis der Gesellschaft bedeutsamen Denkens der Zeit Wesentliches beitragen, mitunter mehr und Besseres als mancher Think-Tank. Sie sind rar, wie etwa die *New York Review of Books*, aber sie sind da und sie beweisen die Möglichkeit. Einsame Leuchttürme, die die Nebel, die Gesellschaft und Politik in der Gegenwart oft verhüllen, immer wieder aufhellen. Das gilt auch, zumeist allerdings mit irritierendem Flackern und geringerer Verlässlichkeit, für manche Spalten und Autoren der Qualitätsmedien hierzulande. Im Ganzen beobachten wir allerdings zunehmend auch für den größten Teil der Printmedien, was Neil



Thomas Meyer

(* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Was ist Demokratie?* und *Soziale Demokratie. Eine Einführung*.

thomas.meyer@fes.de

Postman auf das Fernsehen gemünzt hatte: Sie scheinen sich mit dem Denken schlecht zu vertragen.

In den Medien herrscht das Regiment der Ereignisse und Personen, Konflikte und Sensationen, die Logik der Aufmerksamkeitsmaximierung, also das, was Denken erschwert. Das gilt weithin selbst dort, wo